

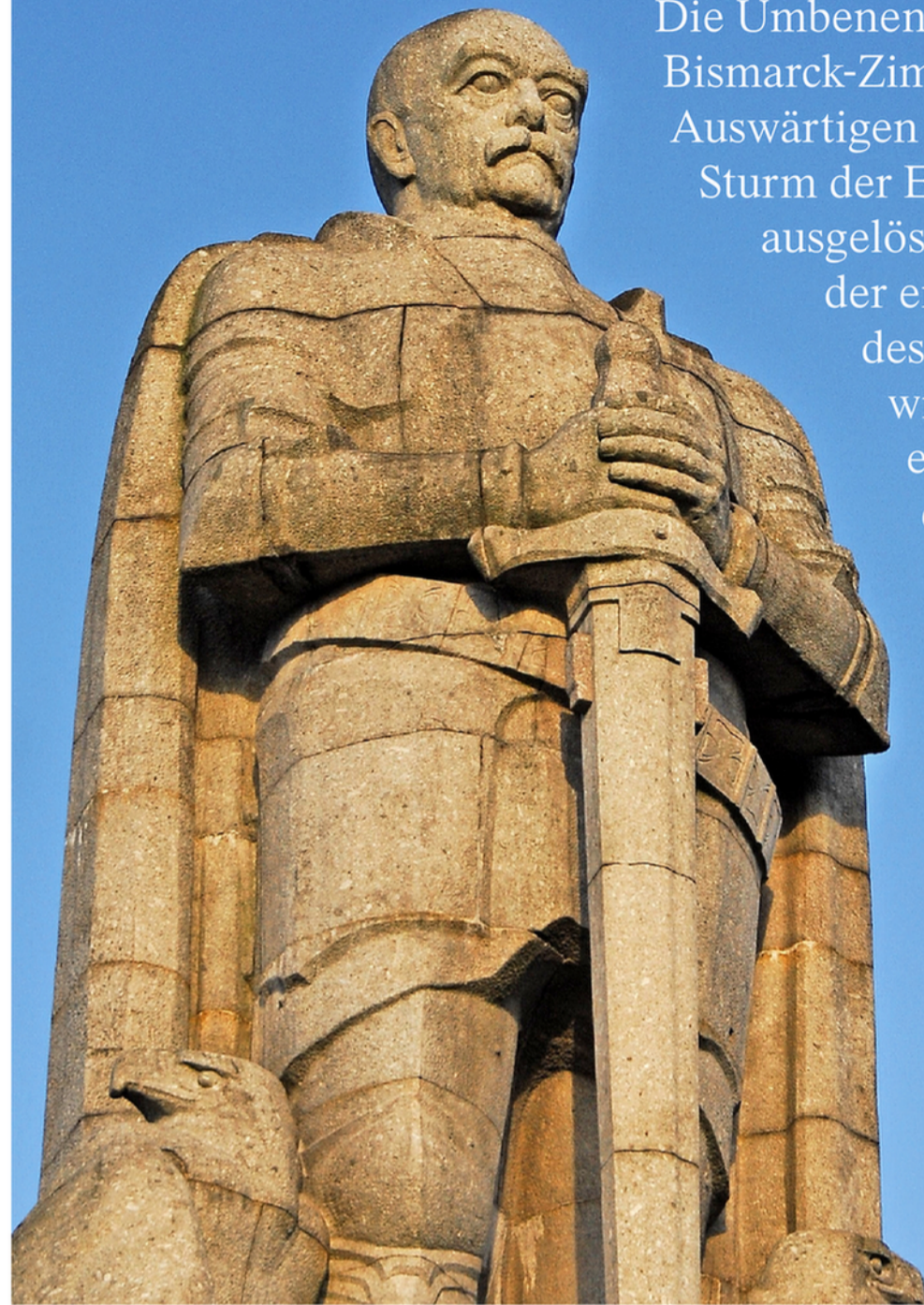
Mangelndes historisches Bewusstsein, Geschichtsklitterung und, natürlich, Cancel Culture: Die reflexhafte Kritik an der Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt in Berlin war zu erwarten. Der holzgetäfelte Raum, in dem bis 1989 das Politbüro der SED tagte, heißt jetzt „Saal der deutschen Einheit“. Das Bismarck-Porträt Franz von Lenbachs wurde entfernt; womöglich findet es bald seinen Platz in der Bonner AA-Dependance, wo es noch immer ein Bismarck-Zimmer gibt. Die großkalibrigen Vorwürfe gegen Außenministerin Annalena Baerbock und die Spitze ihres Hauses tragen indessen zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit Otto von Bismarck kaum bei, der in der Tat mit der Geschichte des Ministeriums in besonderer Weise verbunden ist. Nicht nur bestimmte er als erster Reichskanzler des Nationalstaats von 1871 dessen Außenpolitik, sondern ihm ist auch der Name des Auswärtigen Amtes zu verdanken, das, gegründet schon 1870 als „Auswärtiges Amt des Norddeutschen Bundes“, gerade kein eigenständiges Ministerium sein sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das neue Außenministerium der Bundesrepublik 1951 wieder den alten Namen. In der Bezeichnung spiegelte sich nicht nur der Anspruch des westdeutschen Staates, Rechtsnachfolger des untergegangenen Deutschen Reiches zu sein, sondern, eher unbeabsichtigt, auch die Tatsache, dass es erhebliche personelle Kontinuitäten zwischen altem und neuem Amt gab. Mit der Bezeichnung wollte man sich überdies durchaus selbstbewusst – anderswo in Bonn sprach man von „dünnhäutig“ – von den übrigen Ministerien abheben. Bundeskanzler Konrad Adenauer knüpfte zwar insofern an Bismarck an, als er zumindest bis 1955 auch das Amt des Außenministers bekleidete, ansonsten aber mochte er sich weder persönlich in die Tradition des Reichskanzlers stellen noch die Bundesrepublik in die Kontinuität des Bismarckschen Staates. Im Gegenteil: Die Reichsgründung und der durch sie verstärkte Glaube an die „Omnipotenz des Staates“ hätten, so Adenauer, den Boden bereitet für den „totalen Staat und die willenlos geführte Masse“. Wohl auch deswegen schlug der fünf Jahre nach der Kaiserproklamation von Versailles mitten im Kulturkampf geborene Sohn einer rheinisch-katholischen Familie 1965 eine Einladung der Familie Bismarck aus, anlässlich des 150. Geburtstags des Reichsgründers in Friedrichsruh eine Rede zu halten.

Immerhin nahm der Altkanzler damals an einer Gedenkstunde des Bundestags für Bismarck teil. Einen Staatsakt, wie von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier vorgeschlagen, gab es jedoch nicht, das Bundeskabinett lehnte das ab. Selbst der antinationaler Regungen unverdächtige Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen Erich Mende (FDP) widersprach wie auch Bundeskanzler Ludwig Erhard dem Ansinnen und gab zu Protokoll, dass „der demonstrative Charakter eines förmlichen Staatsaktes den politisch vertretbaren Aussagegehalt des Ereignisses wesentlich übersteigen“ würde.

Bei der Gedenkveranstaltung im Bundestag sprach dann der Historiker Hans Rothfels, national denkender Remigrant und Bismarck-Kenner. Er freute sich über ein „größeres Maß historischer Gerechtigkeit“, das Bismarck nun allmählich wieder zuteilwerde und das auch dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte einen „starken positiven Akzent“ zu geben vermöge. Der Doyen der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung zielte in seiner Rede darauf, Bismarck nicht nur als „großen Gestalter“ in seiner Zeit darzustellen, sondern ihn „hinausgreifen zu lassen über das nationalistische Jahrhundert wie über dessen Ende in Weltkrieg und Weltrevolution“, er wollte ihn also für die Bundesrepublik neu zum Sprechen bringen. Nicht nur in der Außenpolitik ging es ihm darum, Bismarck anschlussfähig zu machen: Seine Außenpolitik sei doch „in eminenter

Kein Kanzler für uns



Das Inbild des Eisernen Kanzlers: Otto-von-Bismarck-Denkmal im alten Elbpark in Hamburg

Foto Ullstein

Die Umbenennung des Bismarck-Zimmers im Auswärtigen Amt hat einen Sturm der Empörung ausgelöst. Aber kann der erste Kanzler des Kaiserreichs wirklich noch ein Vorbild für die deutsche Außenpolitik sein?

Von
Eckart Conze

tem Sinne europäisch“ gewesen und von der gleichen Maxime geleitet wie ihre innenpolitische, ihre „sozialpolitische Parallele“: „Das Reich sollte mit seiner eigenen Erhaltung den Frieden und die Ordnung erhalten, es sollte die Atomisierung der Gesellschaft verhindern.“ Im gleichen Jahr, als Kanzler Erhard die „formierte

Morgen

Natur und Wissenschaft

Mediziner warnen vor Komplikationen beim Tätowieren des Augapfels

Geisteswissenschaften

Aufstieg und Niedergang der Anführungszeichen

Gesellschaft“ beschwor, war das nicht nur historische Erinnerung, sondern ein Imperativ für die Gegenwart.

Im Auswärtigen Amt lud Außenminister Gerhard Schröder (CDU) 1965 zu einer „internen Feier“, an der auch Angehörige der Familie Bismarck teilnahmen. Der Kölner Historiker Theodor Schieder beschrieb dort Bismarcks „Schöpfung“, den deutschen Nationalstaat, als „Leitbild und Zielvorstellung unseres Denkens“. Weit über die deutsche Teilung hinaus richtete sich dies gerade vor dem Hintergrund der

von Schieder als „nationale Katastrophe“ bezeichneten Thesen Fritz Fischers zur deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg auf die Idee des Nationalstaats und deren Rehabilitierung. Im Ministerflügel des Auswärtigen Amtes stand damals allerdings keine Bismarck-, sondern eine Stresemann-Büste. Außenpolitisch wollte Bonn doch lieber Weimar sein als Berlin.

Auch aus dem Kanzleramt war Bismarck verbannt. Lediglich im Dienstzimmer von Parlamentspräsident Gerstenmaier, nationalkonservativ und nationalprotestantisch, hing ein Bismarck-Porträt. Erst in den 1970er-Jahren ließ Hans-Dietrich Genscher ein Bismarck-Bild in seinem Büro aufhängen, als gesamtdeutsches Bekenntnis, wie er verlauten ließ.

Zu jener Zeit war Bismarck in der alten Bundesrepublik allerdings auch kein Problem mehr. So unterschiedliche Historiker wie Rothfels, Gerhard Ritter und Franz Schnabel hatten nach 1945 und angesichts der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) immer wieder vom „Bismarck-Problem“ gesprochen, und sie bezogen das nicht nur auf die Geschichtsschreibung, sondern auch auf die Politik, auf der der Schatten des Reichsgründers noch lange lag. Lothar Galls Bismarck-Biographie von 1980 bedeutete eine Wende. Sie verlängerte nicht mehr die politische Rezeption Bismarcks und seine politische Bewertung, sie schrieb keinen Bismarck-Mythos fort. Ähnliches galt wenige Jahre später für Ernst

Engelbergs in deutsch-deutscher Verlagskooperation erschienene zweibändige Biographie des „Urpreußen und Reichsgründers“. Dass Bismarck in den Jahrzehnten nach 1945 allmählich Geschichte werden konnte, war auch eine Folge der politischen und sozial-kulturellen Liberalisierung der Bundesrepublik. Die Distanz zu Bismarck, zu seiner Politik und seinem Staat war ein Gradmesser dafür. Doch in die Erleichterung des Freiburger Historikers Ernst Schulin nach den monumentalen Büchern Galls und Engelbergs mischte sich 1990, am Vorabend der deutschen Einheit, auch Skepsis: „Mit dem Albtraum Bismarck mögen wir fertig sein, aber nicht mit dem seiner und der nachfolgenden Zeit.“

Die kritische Distanzierung von Bismarck, die jetzt zur Umbenennung des Raums in der AA-Zentrale geführt hat, bezieht sich primär auf Bismarcks Kolonialpolitik. Und es ist ja richtig: In der Ära Bismarck erwarb das Deutsche Reich 1884/85 innerhalb weniger Monate den Löwenanteil seiner Kolonien sowohl in Afrika als auch im asiatisch-pazifischen Raum. Und noch unter Bismarck, der zwar behauptete, dass seine Karte von Afrika in Europa liege, führte Deutschland in Ostafrika einen ersten, ebenso brutalen wie blutigen Kolonialkrieg. Bismarcks Kolonialpolitik als „Episode“ oder „Intermezzo“ zu bezeichnen, wie es noch immer geschieht, wird ihrer Wirkung weit über Bismarcks Rücktritt im Jahr 1890 hinaus und tief ins

zwanzigste, ja ins einundzwanzigste Jahrhundert hinein nicht gerecht.

So zutreffend also das postkoloniale Argument ist – greift es nicht eigentlich zu kurz? Brauchen wir nicht jenseits der Kolonialpolitik einen anderen Blick auch auf Bismarcks Außenpolitik insgesamt, und das erst recht im Auswärtigen Amt?

Nach 1871 habe Bismarck deutsche Machtansprüche zurückgenommen, die deutsche Rolle und das deutsche Gewicht in Europa begrenzt und nicht zuletzt durch seine Bündnispolitik den Frieden gesichert, behaupten seine Verteidiger. Erst mit der Entlassung des „Eisernen Kanzlers“ und vorangetrieben durch die weltpolitischen Ambitionen Wilhelms II. habe das Kaiserreich außenpolitisch einen neuen Kurs eingeschlagen, die Zurückhaltung der Bismarck-Ära aufgegeben und durch zunehmende Aggressivität den Krieg von 1914 entweder verursacht oder zu seiner Entstehung beigetragen. Bismarck erscheint so als Staatsmann der Mäßigung, das Bismarck-Reich als „saturierter“ Staat, Wilhelm II. dagegen als selbstherrlicher und unfähiger Monarch ohne jedes Maß.

Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Denn so groß die Unterschiede zwischen Bismarck und Wilhelm II. auch gewesen sein mögen, sie dürfen nicht den Blick dafür trüben, dass wesentliche Ursachen für die Verschärfung der außenpolitischen Konflikte und Spannungen, die die europäischen Mächtebeziehungen nach 1890 charakterisierten, bereits in den Jahren der Reichsgründung und unter der Kanzlerschaft Bismarcks entstanden waren.

Das gilt nicht nur für die Feindschaft mit Frankreich, die nach 1870 zum Grundgegensatz der europäischen Politik und zur Voraussetzung deutscher Außenpolitik wurde. Ein stabiler, von allen Seiten akzeptierter europäischer Frieden war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Was phasenweise wie Frieden aussah, war nie mehr als ein stets prekärer Nichtkrieg unter dem Grundvorbehalt der deutsch-französischen Feindschaft. Dass Frankreich „hoffnungslos“ war, wie Bismarck es einmal ausdrückte, war für die Politik des Kaiserreichs eine Belastung und für den Frieden in Europa ein Problem.

Das Bismarcksche Bündnisystem, das Generationen von Deutschen als virtuose Konstruktion verklärt und als die neben der Reichsgründung größte historische Leistung des Reichskanzlers angesehen haben, war kein System kollektiver Sicherheit. Es war weder multilateral noch europäisch. Es fußte nicht auf dem Konsens der europäischen Mächte, nicht einmal auf dem der fünf Großmächte oder auf einem gemeinsamen europäischen Interesse. Vielmehr speiste es sich in seinen bilateralen, maximal trilateralen Verträgen aus der temporären Konvergenz der nationalen Interessen einzelner Staaten, die in jeder Bindung eine Einschränkung ihrer nationalstaatlichen Autonomie sahen.

Ein europäisches Sicherheitssystem, das diesen Namen verdient hätte, hat Bismarck niemals angestrebt, es hätte Selbstbindung bedeutet, den deutschen machtpolitischen Handlungsspielraum eingengt und seine außenpolitischen Optionen beschränkt. Das Bismarcksche Bündnisystem war nicht nur ein „System von Aushilfen“ (Lothar Gall); es war vor allem gekennzeichnet von inneren Widersprüchen und der im „Kissinger Diktat“ von 1877 fixierten Absicht, politische Spannungen in Europa nicht zu überwinden, sondern sie zum Nutzen Deutschlands zu verstetigen. Es ist deshalb keine Frage: Bismarck gehört ins Auswärtige Amt – allerdings nicht in repräsentative Räume am Werderschen Markt, sondern wie auch bisher schon in die Lehrpläne der Diplomatenausbildung am Tegeler See.

Eckart Conze ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Marburg. 2020 erschien seine Studie „Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe“.